



## Antrag

der Abgeordneten **Uli Henkel, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

### **Freiheit in Netz und Medien I: Landesbeauftragten für Meinungsfreiheit einsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen unabhängigen Landesbeauftragten für die Meinungsfreiheit und die freiheitliche Debattenkultur zu berufen, der als Dokumentations-, Monitoring-, Präventions- und Sanktionsstelle im Falle gemeldeter Ereignisse einer „Cancel Culture“ agiert. Dieser Landesbeauftragte legt einmal jährlich einen Transparenzbericht zu Verstößen gegen die Freiheit der Meinung, der Wissenschaft und der Kunst vor und erläutert die ergriffenen Maßnahmen und ihre Wirkungen.

#### **Begründung:**

Die freie Rede ist eines der tragenden Fundamente unseres Staates, das Lebenselixier der Demokratie und ein wichtiger Baustein einer freien und liberalen Gesellschaft. Über die Jahrhunderte war die Redefreiheit ein scharfes Schwert gegen Tyrannei, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Leider wird die Bedeutung der Rede- und Meinungsfreiheit durch radikale, als alternativlos dargestellte Ideen zunehmend stark gefährdet. Die Zunahme an Intoleranz und „Cancel Culture“ betrifft den Einzelnen und dessen Lebenseinstellung ganz direkt. Viele werden im Netz bedroht oder sogar tätlich angegriffen, andere werden entlassen und wieder andere werden gezwungen ihre Äußerungen zu widerrufen. Prominenter Fall ist momentan die medial gestartete Empörungsmaschinerie gegenüber der Initiative „#allesdichtmachen“ um den Schauspieler Jan Josef Liefers. Ohne neue legislative Maßnahmen gegen die Versuche unpopuläre Meinungen oder Fakten einzuschränken oder zu diskreditieren, wird unser Leben in Bayern für uns alle immer einengender und fruchtloser werden.